

# Die Arbeiterzeitschrift

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassier W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Nr. 36.

Berlin, den 6. September 1901.

28. Jahrg.

### Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Ludwigsfeld b. München, Lauf b. Nürnberg (Firma Krug, Inhaber: Grahl), Tilschwitz (früher Frankenberg'sche Fabrik), Triptis, Neudorf in Westfalen (Firma Grefel u. Co.), Vegehof.

Der Vorstand.

### Zur Lichtgeldfrage.

„Es werde Licht“ — so sagte ja wohl der Herrgott bei der Erschaffung der Erde, und es ward Licht! Er dachte da wohl aber nicht an die Möglichkeit, daß nach so viel tausend Jahren es arme Porzellaner geben könne, die sich um das bisschen Licht, was sie zur Arbeit nach des Tages Licht brauchen, und sei es auch die billigste „Delfinzel“, so herum schlagen müssen. Hätte er daran gedacht, daß es einmal eine Sorte Menschenkinder geben würde, die von ihren Nebenmenschen verlangen, daß sie ihnen durch ihrer Hände Arbeit Reichthümer erwerben und auch noch das bei der Nacharbeit benötigte Licht aus ihrer leeren Tasche bezahlen müssen, er hätte sicherlich in seiner bekannten großen Güte den Porzellanern eine Extralonne nach Untergang unserer gewöhnlichen lieben Sonne scheinen lassen und — eine Lichtgeldfrage hätte es dann bei uns nicht gegeben.

Na, es war nun einmal nicht, es bildete sich infolge der Unmähung der Unternehmer und der Dummheit der Arbeiter der „Zopf“, genannt Lichtgeld. Wenn auch schließlich so mancher alte Zopf abgeschritten wurde, man sich in jüngster Zeit sogar an die Chinesenzöpfe wagte, der dicke, beinahe verstaubte Zopf, das „Lichtgeld“, blieb den Porzellanarbeitern bis auf den jüngsten Tag erhalten. Doch scheint es beinahe, als wenn nun endlich doch eine Aenderung bezüglich des Lichtes in den Arbeitsräumen, resp. des Bestreitens der Kosten hierfür, eintreten würde.

Wir nehmen dies an, weil nun auch das offizielle Verbandsorgan des „Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter in Deutschland“, der „Sprechsaal“, in seiner Nr. 37 etwas unter dem Titel „Die Lichtgeldfrage in den Porzellanfabriken“ bringt. Es ist unter diesem Titel der Vermerk gesetzt: „Nachdruck verboten“.

sonst würden wir die Abhandlung, vollinhaltlich auch den Lesern der „Zeitschrift“ unterbreiten. Wir können allerdings nicht begreifen, wie man einen Nachdruck verbietet, wenn das Gedruckte doch eigentlich auch nur das geistige Eigentum anderer wiedergibt, besondere Kosten der Redaktion doch nicht entstanden sind und übrigens diese Materie die ganze Porzellanerei interessiert, so daß es dem „Sprechsaal“ nur angenehm sein müßte, wenn dieselbe die weiteste Verbreitung findet.

Wir werden aber auch ohne den Abdruck des Ganzen unseren Lesern begreiflich werden. Die Verfügung der bayerischen Bezirksämter in Oberfranken ist in den betreffenden Amtsblättern erschienen und werden wir mit dem Abdruck derselben ja wohl keine Gefahr laufen, wegen Diebstahls an dem geistigen Eigentum des „Sprechsaals“ angeklagt zu werden. Die betreffende Verfügung lautet wie folgt:

„Dem in Porzellanfabriken eingebürgerten Gebrauch, die Arbeiter für die Kosten der künstlichen Beleuchtung der Arbeitsräume aufkommen zu lassen, ist als ungesetzlich entgegenzutreten, da nach § 120a, Abs. 2 der Gewerbeordnung die Gewerbeunternehmer verpflichtet sind, für geeignetes Licht in den Betriebsstätten Sorge zu tragen.“

Diese Verfügung hat „natürlich“, so gerecht sie uns und allen jenen auch vorkommt, die aufrichtig die Gewerbeordnung lesen können, so manchen Unternehmer nicht gepaßt, und es wurden hiergegen Beschwerden erhoben. Es hat nun, nachdem die Landeszentralbehörde zunächst eine schwankende Haltung hier beobachtet hatte, das bayerische Ministerium des Innern gesprochen und folgenden Entscheid ertheilt:

Nr. 13 159.  
R. N. Staatsministerium München, 29. Juni 1901.  
des Innern.

Betreffend Beleuchtung der Arbeitsräume in Porzellanfabriken.

Der von der Firma N. N. gegen die Entscheidung der k. Regierung R. d. J. vom 12. April l. J. erhobene Beschwerde kann eine Folge nicht gegeben werden.

Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, insbesondere für genügendes Licht, worunter auch die künstliche Beleuchtung verstanden ist, zu sorgen. Die Verletzung dieser Verpflichtung auf die Arbeiter ist un-

zulässig, da die Arbeiter nicht die nötigen Garantien für die Herstellung der vorgeschriebenen Beleuchtung bieten und da hierbei Leben und die Gesundheit der Arbeiter gefährdet werden kann. Die Beseitigung dieser Gefahr läßt sich nur durch entsprechenden Auftrag an die Arbeitgeberin bewerkstelligen, nachdem gegenüber den Arbeitern es an der gesetzlichen Grundlage für einen Zwang fehlt.

Die angefochtene Entscheidung entspricht somit den § 120a und 120d der Gewerbeordnung.

Die Vereinbarung über die Entlohnung, bezüglich der verschiedenen Arbeiter, wird hierdurch selbstverständlich nicht berührt.

Hiernach ist das Weitere zu verfügen und dementsprechend bezüglich der sonstigen zur Zeit bei der k. Regierung anhängigen Beschwerden zu verfahren.

gez. Dr. Herr. von Feltzsch.  
Wenn wir auch noch andere Gründe als wie sie der § 120a der Gewerbeordnung sieht, für die Beseitigung der Unsitte des Lichtgeldes haben, so kann man aber immerhin mit den Verfügungen der oberfränkischen Bezirksämter, als auch dem Entscheid des k. b. Ministeriums einverstanden sein, wonach für Bayern das Monstrum, genannt Lichtgeldfrage, beseitigt wird. Wir nehmen nämlich an, daß nunmehr sämmtliche unserer Berufsgenossen in Bayern befreit davon sind, Licht selbst zu beschaffen, bzw. dafür zu bezahlen.

Wetter u. öffentlich der „Sprechsaal“ ein Gutachten, welches (von wem, ist nicht gesagt) schon vor dieser ministeriellen Entscheidung abgegeben worden ist. Es ist möglich, daß entweder der „Sprechsaal“ oder auch ein Fabrikant dieses Gutachten provoziert, dies ihm Kosten verursacht hat, und wenn wir auch dasselbe abdrucken, wir doch am Ende wegen des Vermerks „Nachdruck verboten“, Ungelegenheiten haben könnten, deswegen unterlassen wir den Nachdruck. Jedoch sind wir in der angenehmen Lage mittheilen zu können, daß auch dieses Gutachten vollständig nach der Richtung des „Lichtgeldabnehmens“ abgefaßt ist, und die Hoffnung aufkommen läßt, daß auch außerhalb Bayerns es bald keine Bude mehr geben wird, in welcher die Porzellaner gezwungen sind, eine Unsitte, einen „Zopf“ respektieren zu müssen. Galt es wollen wir aber trotzdem aus dem Gutachten irreführen. So kommt in demselben

ein Satz vor, wonach verständigerweise begutachtet wird, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, für Ersatz der natürlichen Beleuchtung bei sämtlichen im Betriebe beschäftigten Arbeitern zu sorgen, sowohl bei jenen im Zeitlohn oder jenen, die im Stücklohn arbeiten, ohne Unterschied der Betriebsabteilungen oder Arbeitsplätze.

Auch äußert der Gutachter, daß heutzutage im allgemeinen mit üblichen Arbeitsbedingungen, mit den bestehenden Verhältnissen im Gewerbebetriebe in Manchem gebrochen werden müßte. Wenn er damit die mancherlei Extrazüge vom Lohn, Zahlungen, die der Arbeiter zu leisten hat, für ganz selbstverständlich dem Betriebe zur Last fallende Sanierungen im Arbeitsraum oder für Zubereitung des Arbeitsmaterials u. dgl. meint, so würde der Herr Gutachter ein eminentes Verständnis für soziale Dinge bekunden und der Dank der Arbeiter wäre ihm sicher.

Daß der Arbeitgeber die Kosten der Beleuchtung zu tragen hat, hebt er ausdrücklich hervor und sind wir einer Meinung mit dem Gutachter, daß es darüber weiterer Worte nicht bedürfe. Der Herr Gutachter meint, daß es gewissermaßen folgerichtig erscheine, wenn beim Uebergang zu einer z. B. elektrischen Beleuchtung der Arbeitgeber sich schadlos zu halten suche, „sei es durch regelmäßige Lohnabzüge, sei es durch Herabsetzung der Stücklöhne.“

Jedoch ist er der richtigen Ansicht, daß vom Standpunkte des Gesetzes im Sinne der Gewerbeordnung dem Arbeitgeber keinerlei Recht zur Schadloshaltung zusteht, „nicht einmal das Recht zur Beibehaltung des bisher geübten Brauches bezüglich Bestellung der Petroleumlampen und des Petroleums seitens der Arbeiter.“

Nachdem der Gutachter auf die Gegenüberstellung der §§ 120a und 115 (Abs. 2) der Gewerbeordnung eingegangen und seine Ansicht präzisirt, kommt er zu dem Schlusse, daß keinerlei Malak bestehe, einen alten Mißstand, nur weil durch Ueberlieferung geheiligt, in der Porzellanindustrie fernerhin weiter bestehen zu lassen. Er bezeichnet den bisherigen Zustand als alten Pöps, der in keiner anderen Industrie mehr anzutreffen sei.

Wenn er weiter feststellt, daß auch außerbayerische Porzellanfabriken diese Ansicht theilen und daß bereits eine Reihe großer und kleiner oberfränkischer Fabriken die bisher geübten Abzüge für Beleuchtung ohne Weiteres hat fallen lassen, so wird hoffentlich seine Ansicht, daß es erklärlich sei, wenn man mit allen Mitteln versuche, eine dem Arbeitgeber vortheilhafte Einrichtung so lange wie möglich zu halten, sich ändern, wenn in diesem Winter nicht eine einzige Fabrik u. dgl. in der Porzellanindustrie mehr sein wird, die die Arbeiter zu den Kosten der Beleuchtung heranzieht.

Wir haben in Nr. 18 der „Ameise“ zuletzt Stellung zum „Lichtgeld“ genommen und einen Artikel der „Keram. Rundschau“ unter dem Titel: „Eine brennende Frage“ dabei abgedruckt. Die Arbeiter allerdings haben, wie immer, anscheinend wenig gethan, um ihrerseits, wie wir wünschten, sich eines solchen Pöpses zu erwehren. Nun, wenn jetzt die Behörden uns zu Hilfe kommen, desto besser und auch die Veröffentlichung des „Sprechsaals“ in dieser „brennenden Frage“ registriren wir als eine erfreuliche Thatsache, wenn man bisher gewöhnt war, daß solche Fragen, bei denen das Interesse der Arbeiter in Frage kommt, lediglich durch „Rundschreiben“, von denen man nichts hört, erledigt wurden.

Mögen auch sonst noch genug Unsitzen, Mißstände und dergleichen die Arbeiter der Porzellanindustrie schwer belasten und wenn

es auch wünschenswerth wäre, wenn auch dazu die Behörden und eventuell solche Gutachter, wie oben, das Wort nehmen und den Arbeitern zu Hilfe kommen möchten, wir sollten nun einmal zunächst versuchen, jetzt tabula rasa mit dem Abschnitt des „Pöpses“ zu machen. Wohl hätten wir es gerne gesehen, wenn die oberfränkischen Berufsgenossen uns von der für sie günstig veränderten Situation Mittheilung gemacht und uns in den Stand gesetzt hätten, etwas früher „Del auf die Lampe“ gießen zu können, doch wird man nachgerade daran gewöhnt, alles für die Arbeiterschaft interessantes aus den Fabrikantenblättern zunächst zu erfahren.

Im Jahre 1899 hatten wir die Zahlstellen ersucht, zwecks einer allgemeinen Uebersicht über die Unsitte des Lichtgeldzahlens, alle Betriebe anzugeben, in denen diese besteht. Das Resultat wurde kein vollständiges und legten wir die Sache zurück. Jetzt aber möchten wir wieder einmal den Zahlstellen die doch nicht schwierige Arbeit aufhalsen und zu berichten, in welchen Betrieben nun noch „Lichtgeld“ bezahlt wird und welche sich dieses „Pöpses“ erledigt haben. Jetzt gerade, wo die Lampen oft sehr alterthümlichen Genres hervorgeholt und in Benutzung genommen werden, wo Gas benutzt, wo der elektrische Funke den Arbeitsplatz erhellt, dürfte es am Plage sein, festzustellen, welche Fabriken bezw. Unternehmer immer noch einer unrühmlichen Ausnahme, einer Unsitte, huldigen, einen „Pöps“ noch länger baumeln lassen.

Vorstandsmitglieder stellten sich noch 1899 auf den Standpunkt, daß man wegen dem Lichtgeld nicht etwa ernste Differenzen heraufbeschwören sollte, das wäre nicht so bedeutend. Nun ja, obschon wir anderer Meinung waren und noch sind, — daß man deswegen allein nicht am Ende gar streiken soll, das halten wir als selbstverständlich, aber gerade weil die Kosten für den Unternehmer keine großen, weil, wie oben nachgewiesen, der „alte Mißstand“ von Gesetzeswegen nicht Stand halten kann, kommen wir zu dem Schlusse, daß sich die Porzellanarbeiter, sofern sie auch jetzt noch sich gleichgültig zu der „brennenden“ Frage verhalten, ein sehr ungünstiges Zeugniß ausstellen. — Wir haben den Verbandsvorstand mit dieser Sache nicht bebelligt und glauben durch Vorstehendes sowohl, als auch durch Weiteres in der Öffentlichkeit, sofern man unserem Wunsch entgegen kommt, günstige Resultate zu erzielen.

Man möge dem Redakteur also recht bald über die momentane Methode der Beleuchtung bezw. der Bezahlung oder Gratislieferung Mittheilung machen, wir werden dann einfach die eingegangenen Resultate veröffentlichen und damit im „Lichte der Thatsachen“ handeln.

### Eine Einkaufsvereinigung.

In Nr. 33 des „Sprechsaals“ wird über die Gründung einer Einkaufsvereinigung keramischer Fabriken berichtet. Die Vereinigung ist am 1. April d. J. ins Leben getreten, die Geschäftsstelle befindet sich in Coburg, Bahnhofsstr. 28 II. Der Vorstand besteht aus den Herren: H. Darsner-Hirsau, A. Kropf-Fraureuth, Pfeiffer-Gotha, Köster-Kobach, Swatne-Hüttensteinach, Windorf-Schleusingen, J. Affrath-Neuhaldensleben, in die Geschäftsleitung theilen sich die Herren Swatne-Hüttensteinach, Heubach-Klosterwellsdorf, Köster-Kobach. Die Mitgliederzahl beträgt 50; die Thätigkeit der Vereinigung beschränkte sich bisher auf den Kohlenhandel, es soll sich dieselbe aber auch auf andere Rohstoffe ausdehnen.

In dem Artikel der Nr. 33 des „Sprechsaals“, der mit M. R. unterzeichnet ist, und

dessen Autor zweifellos der Herr Max Köppler-Kobach sein wird, kommen diverse Stellen vor, die auch für uns Arbeiter zutreffend und auf unser Bestreben, den Porzellanarbeitern durch die gewerkschaftliche Vereinigung Vortheile zu sichern, anwendbar sind. Da heißt es zunächst: „Zwingende Veranlassung zu der Errichtung der Vereinigung war der unerträglich gewordene Druck, welchen die „Kohlen-schraube ohne Ende“ auf die feinkeramischen Fabriken in ihrer Vereinzelung ausübte. Diese Schraube wurde nicht sowohl von den Zechen, den Technikern und Bergleuten, als vielmehr von kaufmännischen Syndikaten und einzelnen Großkaufleuten gehandhabt. Die Kaufleute, nicht die die Werthe schaffenden Arbeits-hände, ernteten wohl auch in erster Reihe die Früchte der schonungslos benutzten, zum Theil künstlich gesteigerten und verlängerten Konjunktur.“ Das klingt etwas sehr übereinstimmend mit der von uns schon oft betonten Thatsache, daß der Arbeiter zum Theil der Dumme ist, auch wenn die „Konjunktur“ eine günstige ist. Er rackert, er schafft in solcher guten Zeit bedeutend mehr, die paar Groschen, die er dadurch mehr verdient, stehen aber in gar keinem Verhältniß zu dem Schaden, den er nicht nur seiner Gesundheit, sondern überhaupt seiner ganzen Existenz zufügt. Es heißt in dem Artikel an einer anderen Stelle: „Wir haben in der Zeit, als die Kohlenreisenden zu einer seltenen Erscheinung geworden waren, alle mehr oder weniger über Gebühr bluten müssen. Wir würden in einem gewissen Grade heute immer noch mehr Haare lassen müssen, wenn wir uns nicht dazu aufgerafft hätten, das Hauptheilmittel der Ausbeutung zu beseitigen, die Vereinzelung beim Einkaufe und beim Vergleiche der verschiedenen Kohlen.“

Wie interessant für uns, daß aus der Feder eines Fabrikanten in dem Fabrikantenblatte ebenfalls das Wort Ausbeutung gebracht wird. Wir wollen gewiß nicht bestreiten, daß man bezügl. des Kohlenhandels auch von einer Ausbeutung reden kann; jene, die die Ausbeutung am allerersten und härtesten fühlen, sind sicher aber die Bergarbeiter. Bei deren ästernen Versuchen, durch Streiks ihre miserable Lage zu heben, wird man von Seiten unserer Antipoden und auch nicht von dem Autor des Sprechsaalartikels, ganz gewiß aber den Bergleuten keinerlei Sympathie entgegengebracht haben. Wenn die Arbeiter sich gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, die ja in oft erschrecklicher Weise auch in der Porzellanindustrie geübt wird, sich zu wehren suchen, ja Bauen, so ist das etwas ganz anderes. So beredt der Herr M. R. in diesem Falle sich für ein gemeinsames Handeln, für einen Zusammenschluß der Kollegen, zwecks Beseitigung der „Ausbeutung“ eintritt, so sehr entgegen ist er und alle jene Verbandsgegner dem Bestreben der Arbeiter, durch die Gewerkschaft sich gewisse Vortheile zu sichern, der ziel- und schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft bestimmte Grenzen zu setzen. So wie die meisten Kohlenhändler der Einkaufsvereinigung nicht grün sind und von ihnen alles gethan wird, um die weitere Ausbreitung der Vereinigung zu beschränken, wie es in dem angezogenen Artikel heißt, in wie viel größerem Maße sind nicht die Fabrikanten unserer Branche der Vereinigung der Arbeiter abhold und bekämpfend sie? Mit Mitteln, die ein jeder anständiger Mensch verurtheilen müßte, die aber M. R. und seine Kollegen jedenfalls jeder Zeit gutheißen wird. Ziehen wir, abgesehen von den in allen den Jahren vorgekommenen Ausperrungen von Arbeitern, nur z. B. jene in Gräfenroda, hier an. Hätten solche Herren Fabrikanten, die bei jeder Gelegenheit für den

engsten Zusammenschluß zum Zwecke der Vertretung und Förderung ihrer Interessen plaidieren, auf dem letzten Fabrikanten-Verbandstage nicht Gelegenheit und eigentlich auch die Verpflichtung gehabt, Stellung gegen einen Kollegen, wie es Herr Heene-Gräfenroda ist, zu nehmen? Der die bei ihnen beschäftigten Arbeiter lediglich deshalb aufs Pflaster geworfen hat, weil sie sich erlaubten, Gebrauch von einem ihnen gesetzlich zustehenden Staatsbürgerrecht zu machen. Aber was reden wir denn da von einem Heene, wenn sogar der erste Vorsitzende der Fabrikantenvereinigung Herr Guillaume keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beschäftigt, vorkommenden Falles sie unbarmherzig auf die Straße setzt. —

Der Unternehmer ist heutzutage schon nicht mehr im Stande, sich allein etwas Vortheilhaftes für sein Geschäft zu verschaffen, er sucht durch Vereinigung das zu erreichen, wie viel mehr noch müßte es dem Arbeiter unbenommen sein, seine doch ungleich ungünstigeren Verhältnisse, denen das „von der Hand in den Mund leben“ zu Grunde liegt, einer Verbesserung mit Hilfe des gemeinsamen Zusammenschlusses zu erstreben. — Aber wir kennen Unternehmer, die wunder was davon geredet und geschrieben haben, daß sie selbst nichts mehr als Arbeiter sein wollen, daß sie sich auch als Direktor oder gar Fabrikbesitzer zu jedem Arbeiter als „Mitarbeiter“ fühlen und anscheinend heute ganz anders denken und auch ihrerseits, wenn auch in „milderer Form“, Stellung gegen die Vereinigung der Arbeiter nehmen.

Den „Arbeiterkrieg“, den z. B. ein Herr Köster in Rodach s. St. aus der Welt schaffen wollte, nun, durch den Boykott gesetzlich zulässiger Arbeitervereinigungen hat man sicher das Gegenteil erreicht. 1895 zitierten wir einiges aus einer Broschüre des Herrn R., die sich „Ueber den Arbeiterkrieg“ betitelt. Da heißt es an einer Stelle: „Wir möchten den Dürftigen Brod, den Einsamen und Verblühten Liebe, den Strebenden und Ringenden ein Ackerfeld, Allen aber Arbeit, Arbeitssicherheit, Arbeitsertrag und Arbeitsfreude geben, Jedem auch sein verdientes Theil körperlichen und geistigen Genusses, friedlichen Behagens, freien Ausblicks nach oben. Die Unternehmer gelten heute als engverbundene Karnikel, bestrebt all dies zu hindern, statt zu fördern, ausschließlich und schamlos auf ihren eigensten Vortheil bedacht. Nach 34-jährigem Verkehr in Unternehmertreihen hätte ich doch von dem Vorhandensein irgend solcher Vereinigungen etwas merken müssen.“

Wer fragt von den Unternehmern (ob Herr R. jetzt eine Ausnahme macht, wissen wir nicht genau) nach dem friedlichen Behagen zc.? „Raus mit dem Kerl, wenn er unzufrieden, wenn er Verbandsmitglied ist!“ das ist heute Trumpf! Und das mit dem „engverbundenen Karnikel“, trifft heute unter allen Umständen zu, Herr R. wird heute darüber sich auch klar sein. Ganz abgesehen von dem „Verbande der keramischen Gewerke in Deutschland“, sind nebenbei noch eine ganze Anzahl von Verbänden und Vereinigungen der Fabrikanten entstanden, so nun auch die Einkaufsvereinigung, worin lediglich doch nur für den „eigensten Vortheil“ gearbeitet wird. Ein Herr Heene gehört neben dem Verbands keramischer Gewerke, dem Verbands Mittel- und Westdeutscher Porzellanfabriken sogar als Ausschußmitglied an, der „Einkaufsvereinigung“ wird er sicher auch angehören. — Unserer wegen mögen die Fabrikanten noch ein Duzend Verbände und Vereinigungen schaffen, sie mögen aber wenigstens den Arbeitern nicht ihr gesetzliches Recht mit den — gewöhnlichsten Mitteln

streitig machen und den Arbeitern selbst überlassen, ihr Dasein so zu gestalten, wie es menschenwürdig zu nennen ist, statt „in diese G-fichter Staub und Hagelkörner im Vorbeigehen zu werfen“ (um mit Herrn R. zu reden), ja, sie dem Hunger durch Aussperrung und sonstige Maßregeln überliefern zu wollen.

Doch hilft es ja nichts, daß wir nur darauf verweisen, sondern die Berufsgeossen müßten ihrerseits die nöthigen Konsequenzen ziehen. Da hapert es, jedoch darf uns das nicht abhalten, immer wieder gerade an der Hand der Art und Weise der Unternehmer, für sich Vortheile zu verschaffen, auf unsere Berufsgeossen einzuwirken.

Wer wird gegen die oben angezogene Einkaufsvereinigung der Fabrikanten, etwas einwenden können, im Gegentheil, sie wird nur als nützlich und zeitgemäß zu bezeichnen sein und man sollte in den Reissen der Arbeiter erkennen, daß sie am allerersten es notwendig hätten, sich an den genossenschaftlichen Vereinigungen, die den oft unverschämten Händlern ein Paroli bieten, zu beteiligen. Konsumvereine sind zur Zeit ja an fast allen Orten eingerichtet und wenn Konsum-, Produktiv- und Einkaufsgeossenschaften, ja auch nichts direkt mit unserer gewerkschaftlichen Organisation zu thun haben, so können wir doch nur immer empfehlen, daß die Arbeiter sich an solchen gemeinnützigen Unternehmen beteiligen und gleich der Fabrikanten in der neuesten Einkaufsvereinigung, sich ihren Vortheil sichern. In diesem Sinne ist der Artikel des Herrn R. behrend. Die Mitglieder der Einkaufsvereinigung sind für die Arbeiterschaft nichts anderes als Lehrmeister. Wer es möglich machen kann, mehr Mitglied der bestehenden Konsum- zc. Vereine werden, ja, für die Gründung solcher mitwirken. Leider sind aber viele unserer Berufsgeossen durch die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, durch das Drücken der Pöhne, durch die unzulänglichen Verdienste auf einem Punkte angelangt, daß ihnen die Aufbringung des verlangten Eintrittsgeldes oder Antheilzahlung unmöglich ist, ja, sie haben durch all den Jammer und das Elend, womit sie infolge der weitgehendsten systematischen Ausbeutung „beglückt“ sind, jeden Sinn für eine Stärkung ihrer wirthschaftlichen Macht verloren.

Das sehen wir ja schon an der Gleichgültigkeit gegenüber der Berufsorganisation, die ihnen für geringe Beiträge so mancherlei Vortheile bietet, die besonders bei der jetzigen Krise schwer ins Gewicht fallen. Und auch hier können wir den Artikelschreiber des „Sprechsaals“ als unseren Lehrmeister betrachten, ihm dankbar sein, daß er Saiten berührt, deren Klang wir allerdings öfter schon ertönen ließen. „Da wird gemeint, man könne den Beitrag sparen; dort, die Vereinigung könne nichts erzielen, ein Dritter glaubt, er könne und müsse ja von ihrer Wirksamkeit, wenn in der That vorhanden, profitieren auch ohne Beitritt.“

Diese Sätze treffen leider auf einen großen Prozentsatz unserer Berufscollegen, gar nicht zu reden von den Kolleginnen, zu und es wäre zu wünschen, daß mehr Einsicht endlich einmal bei ihnen einkehrte.

Die Fabrikanten sind vereint zu ihrem Vortheil, sie schaffen fortgesetzt sich Einrichtungen, die, wie auch die neueste Einkaufsvereinigung, ihnen große Vortheile verschafft. Es wird unseres Erachtens nach der einzige Artikel des H. R. vollständig genügen, um die noch Fehlenden zu der Vereinigung zu bringen, die sich zunächst auf die Kreise in Thüringen und Bayern beschränkt.

Wenn der Gedanke der Vereinigung solcher Gestalt bei dem Unternehmer zu finden ist, der hoch unskettig in ganz anderen besseren

Lebensverhältnissen sich befindet, wie viel mehr müßte dieser Vereinigungsgedanke sich bei den Arbeitern bemerkbar machen, die ausgebeutet werden, die man immer mehr zu Boden drücken möchte.

Eine „Einkaufsvereinigung“ im Sinne jener in Rodurg können wir innerhalb unserer Gewerkschaftsorganisation allerdings nicht gründen. Wir können bei dieser Gelegenheit nur die Konsumvereine in Empfehlung bringen. Dagegen glauben wir aber auch bei dieser Gelegenheit unseren schon oft betonten Appell: „Hinein in die Gewerkschaftsorganisation“ zum Ausdruck bringen zu müssen und auf das gegebene Beispiel der Unternehmer hinzuweisen. Für die geringen Beiträge, die die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation erfordert, kauft man sich einen sicheren Rückhalt gegen die Auswüchse des kapitalistischen Ausbeutungssystems ein, und deshalb Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen, nehmt Euch ein Beispiel an unseren Herren Unternehmern: Organisiert Euch!

### Zur Mitgliederabstimmung.

Raum ist das festangelegte Verbandsvermögen los gemacht, hat es den Anschein, als ob jetzt nach Ansicht mancher Zahlstellen alles wieder in Hülle und Fülle da wäre. Nimm man die letzten Nummern der „Ameise“ zur Hand, so muß man sich wundern über Beschlüsse von Zahlstellen, nach denen die gezahlten Extrabeiträge für „ordentliche“ angerechnet werden sollen. Was in solchen Zahlstellen für ein Geist herrscht, ist und bleibt mir unverständlich. Übersteht man denn ganz die Abschlüsse der Hauptkasse? Übersteht man da den Rückgang derselben? und übersteht man überhaupt die jetzige wirthschaftliche Lage im Allgemeinen? Jeder mit den heutigen Verhältnissen vertrauter Genosse, der sich nur halbwegs auf dem Laufenden erhält, kann nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß jetzt in einer so kritischen Zeit solche Beiträge als ordentliche angerechnet werden können und wollen wünschen und hoffen, daß wir sie nicht bald wieder bedürfen. Die Ansicht, daß sich dierhalb schon viele Mitglieder abgemeldet und noch abmelden (darunter alte Mitglieder, wie geschrieben), ist und darf uns nicht leiten, denn Mitglieder, welche für ein Opfer von circa 3 Mk. und weniger ihre alten Rechte preisgeben, kommen mir vor wie Soldaten, wenn sie ins G-fecht müssen, die desertiren und zum Feinde übergehen. Auf solche Mitglieder ist in ernstern Kämpfen so wie so nicht zu rechnen, es sind dies solche, die mit beiden Händen nehmen, aber ja nichts geben wollen, folgedessen für uns keinen Pflasterling werth sind. Besser, eine kleine disziplinierte Kolonne von Genossen, als eine beim ersten Schuß nach allen Windseiten auseinanderfliehende große Schaar.

Nach der Bekanntmachung des Vorstandes, Mitgliederabstimmung betreffend in Nr. 34 der „Ameise“, soll dem Verband der Glasarbeiter zc. aus der Hauptkasse 2000 Mk. für die Streitenden überwiesen werden. Gewiß, auf alle Fälle muß da geholfen werden. In Nr. 35 der „Ameise“ Mitgliederabstimmung wegen Zuführung von Geldern an die Hauptkasse, damit dem Rückgange derselben Einhalt gethan wird, kommt es anders, oben geben und unten nehmen, indem man den Mitgliedern ihre Rechte zc. beschneidet, das kann ich nicht in Einklang bringen. Meiner Ansicht nach wäre es jetzt auf alle Fälle geboten, bei der schon herrschenden Nothwendigkeit das Verbandsvermögen zu schonen und es den Mitgliedern zu überlassen, in ihren Zahlstellen dafür zu sorgen, daß genügend freiwillige Geld-

für die im Streik stehenden Glasarbeiter aufgebracht wurden. Wie kann ein Verband, mit solchen von der Krise beherrschten Arbeitsverhältnissen, jetzt wagen, größere Summen an andere Gewerkschaften zu geben...

Zu der vom Vorstande ausgeschriebenen Mitgliederabstimmung möchte ich bemerken, daß mir die Punkte b, e und f sehr sympathisch sind und vermisse ich nur noch den Punkt betr. der Verwaltungssitzungen...

Was die „Prämie“ von 2 resp. 3 M. betrifft, bin ich nicht zu haben, denn gerade die soll ein Kitt sein, der die Mitglieder fester zur Organisation hält.

„Soll der Vorstand berechtigt sein, seine in Nr. 35 der „Ameise“ empfohlenen Mittel zur Stärkung des Verbandsvermögens ab 1. Oktober d. J. bis zur Generalversammlung einstweilen nicht zur Auszahlung gelangen zu lassen.“

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Aufforderung!

Demnach § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einleitung der Abstimmung und Gelber pro 2. Quartal 1901 aufgefördert:

Berlin II, Lambach.

Willy Gerbig, Verbandskassier.

Entschuldigt fehlt Schubert. In der Sitzung beteiligten sich der Redakteur, von dem Revisor Dr. Poeleneder, als Gast Gen. Braunschweig-Berlin.

Von Staffel wird Mitteilung über umfangreiche Ründigungen wegen flauen Geschäftsganges gemacht. — Nach einem Bericht der Zahlstelle Rymphsburg herrschen in der Thonwarenfabrik Ludwigselbe bei München äußerst mißliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse...

Das Mitglied 23 787 Berlin II, welches im Februar d. J. abschließend für 4 Tage Unterstützung zu Unrecht bezogen, wird vom 2. 2. 01 für die Dauer eines Jahres von der Berechtigung zum Unterstüßungsbezug ausgeschlossen...

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Verbandschriftführer.

Quittung über eingesandte Gelder im 2. Quartal 1901.

Abent 68, —. Ahlen 123,59. Althalbdenleben 164,81. Altwasser 652,02. Ansbach 144,81. Bayreuth 295,22...

101,39. Bannbach 47,46. Baunach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46. Bannbach 47,46.

Von der Haupteasse sind im 2. Quartal 1901 zurückgezogen:

Althalbdenleben 38,28. Altwasser 100, —. Berlin I 230, —. Berlin II 80, —. Berlin-Moabit 300, —. Bonn 180, —. Brettenbach 50, —. Budau 380, —. Coburg 44,80...

Quittung über eingesandte Bautionen im 2. Quartal 1901.

Ahlen 4,32. Althalbdenleben 4,74. Altwasser 10, —. Bayreuth 12,96. Bayreuth 2,82. Biberach 1,28. Bannbach 6,64...



mit den weltbekannten elenden Arbeitsverhältnissen in der Sonneberger Spielwaarenindustrie beschäftigt und sie mag ihr Möglichstes thun, darüber die Öffentlichkeit aufzuklären und Abhilfe zu schaffen.

— Von Hohenstrauß v. Weiden wurde telegraphirt (siehe vorige Nummer) daß die dortigen Porzellanarbeiter in Differenzen ständen. Es ist nunmehr ein Schreiben eingegangen, unterzeichnet von zwei unserem und zwei dem Selber Verband (Magdeburger) angehörenden Mitgliedern. Daß nun eine Differenz, wenigstens was darunter im Allgemeinen verstanden wird, dort vorliegt, können wir aus dem Schreiben nicht herauslesen, es werden lediglich die dortigen Verhältnisse, allerdings nicht gerade im rosigsten Lichte, geschildert. Man möchte anscheinend damit bezwecken, daß ja Niemand von außerhalb sich nach dort verläßt. Du lieber Himmel, in Zeiten einer solchen Geschäftslage wie jetzt, da hat sich's was mit dem Hinweisen auf die Arbeitsverhältnisse. Wenn da nicht direkte Differenzen, Maßregelungen wegen Organisationszugehörigkeit oder Lohnreduzierungen vorliegen und es zu einem Streik gekommen ist oder zu kommen droht, so wird ein „Zuzug warnen“ nach einem Orte, wo Differenzen nicht vorliegen, keinen Zweck haben, wenn nicht gar lächerlich wirken. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß wir in dem Verbandsorgan nichts schreiben sollten, über das und jenes, was in einer Fabrik vorgeht. Ganz besonders ist das nicht von der Hand zu weisen, wenn die betreffende Fabrik eine neuerrichtete und so mancher Kollege neugierig darauf ist, zu erfahren, wie es dort aussieht; eine Schilderung der Arbeitsverhältnisse ist deshalb am Plage und wollen wir die darüber gemachten Mittheilungen in verkürzter resp. umschriebener Weise folgen lassen; durch wörtlichen Abdruck der Mittheilungen könnten wir uns doch wohl etwas die Finger verbrennen; sind wir doch nicht in Oesterreich!

Der Erbauer bzw. Besitzer der neuen Fabrik Hohenstrauß ist Herr Seltsmann, der, irren wir nicht, als Dreher in Arzberg resp. Schlottenhof thätig war. Wie auch in älteren Fabriken das Bestreben, recht billig Waaren herstellen zu wollen, vorhanden ist, so ist es erst recht in einer neuen Fabrik, die sich einen Kundentanz schaffen muß. Den Arbeitern wird dauernde Arbeit versprochen, wenn sie eben sich mit recht billigen Akkordpreisen auf die einzelnen Sachen zufrieden geben, die Konkurrenz sei dann nicht zu fürchten. Wir meinen, die Schleuderkonkurrenz wird durch solches „Programm“ wesentlich gefördert. Entsprechend dem Verlangen, billig zu arbeiten, ist die Arbeitszeit in dieser neuen Fabrik keine achtstündige. Wäre sie eine neun- oder zehnstündige, so könnte man wenig sagen, so aber soll sie eine elfstündige sein. Von früh 6 Uhr bis Mittags 12 Uhr und von 1 bis 7 Uhr Abends, abzüglich einer halbstündigen Frühstück- und Vesperpause. Die Arbeitsordnung, in der diese Arbeitszeit festgesetzt ist, wurde zur Unterschrift vorgelegt, jedoch verweigerten die Dreher und Kapseldreher dieselbe. Außer der Arbeitszeit sollen Strafen sehr berücksichtigt sein, Lohnzahlungen sollen an jedem 1. und 15. des Monats stattfinden, die fremden Arbeiter brauchen demnach den Kredit bei der Bevölkerung. Vielleicht lohnt es sich nicht, alle Woche auszuzahlen, die Akkordpreise sollen sehr, sehr niedere sein. Dabei sind drei Seltsmann's in der Fabrik, die sich in der Leitung derselben theilen und sollen besonders der Jüngere (Sohn des Besitzers) als auch der Bruder des Älteren, der früher Direktor bei Behmann v. Schumann in Arzberg war, in der Behandlung der Ar-

beiter und Kalkulation der Akkordlöhne nicht gerade musterhaftes leisten.

Daß in einer neuen Fabrik, die ca. vier Wochen im Betrieb ist, nicht gleich alles wie am Schnürchen geht, wird jeder verständige Arbeiter zugeben, ein Hand-in-Handarbeiten und entgegenkommendes Verhalten, wird einen geregelten und für beide Theile zufriedenstellenden Betrieb am allerersten garantiren. Wenn aber die Leitung solcher neuen Fabrik mit niedrigsten Akkordlöhnen, mit langer Arbeitszeit und schließlich noch mit mehr wie „herrische“ Behandlung der Leute auf den Plan tritt, so steht zu befürchten, daß diese neue Fabrik nicht zum Segen der ganzen Industrie, der Arbeiterschaft am allerwenigsten, floriren wird und das Bestreben der jetzt dort Beschäftigten, alles zu thun, um geordnete und halbwegs erträgliche Verhältnisse zu schaffen, kann als berechtigt anerkannt werden.

Wir sollen von dort über die weitere Entwicklung der Fabrik, insbesondere in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse, auf dem Laufenden erhalten werden und wollen wir uns der Hoffnung hingeben, demnächst mehr erfreulicheres den Lesern der Ameise über Hohenstrauß mittheilen zu können.

Nachdem Obiges bereits gesagt, wird berichtet, daß Forderungen (welche, wird natürlich nicht gesagt) erfüllt worden sind und solle man Hohenstrauß mit Arbeitsangeboten verschonen. Ueber Letzteres haben wir unserer Ansicht schon oben geäußert; im Uebrigen bemerken wir den dortigen Kollegen, daß es eine „Vertagung einer Veröffentlichung bei derartigen Differenzen“ nicht geben kann. Wenn man telegraphirt und umfangreiche, äußerst drastische Berichte schreibt, darf man der Öffentlichkeit nicht alles vorenthalten.

— Porzellanfabrik Albersweiler bei Landau (Rheinpfalz) steht schon wieder einmal zum Verkauf. Am Montag, 9. September, Vormittags 11 Uhr wird die Fabrik versteigert. Bis zum Steigerungstermin kann man mit dem Herrn Albert Seelig-Pforzheim über den Erwerb des Ganzen oder einzelner Theile der Fabrik verhandeln.

Albersweiler hat uns schon oft und zwar unangenehm beschäftigt; so mancher Kollege wird mit gemischten Gefühlen an den Ort in der schönen Rheinpfalz denken, es wäre zu wünschen, daß dort ein Besitzer einzüge, der frei von Tropen- und anderem Koller den Fabrikbetrieb in annehmbare Bahnen lenkte. Sofern Kollegen über den Ausgang des Steigerungstermines etwas erfahren, wollen man uns freundlichst Mittheilung machen.

— Der vierte Delegirtenstag der Union. (Fortsetzung.) Die „Solidarität“ berichtet weiter über dessen Verhandlungen. Der Mitgliederbestand betrug 1900: 6274. Der Kassirer berichtet über die Leistungen der einzelnen Branchen: Porzellanarbeiter, Glashüttenarbeiter, Hafner, Email- u. Arbeiter, Glasurwaarenarbeiter bzw. über die in den einzelnen Beitragsklassen; ebenso der in Prozenten berechneten an die diversen Branchen gezahlten Unterstützungen. Der Bericht lautet dann weiter:

Zu Kürze will ich nur noch einige Worte über den Widerstandsfonds verlieren. Größere Streiks hatten wir nicht zu unterstützen, folgedessen wird der Vermögensstand desselben ein stetig höherer.

Zu Anfang des Jahres 1899 haben wir noch mit einem Defizit von 4595 22 Kr. zu rechnen gehabt, am 30. Juni 1901 war aber ein Kassensstand von 15 579 85 Kr. vorhanden. Es ist dies zwar noch kein Betrag, um größere Aktionen unterstützen zu können, immerhin

können wir aber doch damit zufrieden sein, überhaupt wenn wir in Betracht ziehen, daß wir nur eine so niedrige Beitragsleistung dafür einheben. Es wäre nur sehr zu wünschen, wenn auch auf diesem Gebiete etwas mehr Einsicht seitens der Mitglieder vorhanden wäre, um auch den Widerstandsfond auf jene Höhe zu bringen, um allen Anstürmen gewachsen zu sein.

Heute ist natürlich der Widerstandsfond ziemlich tief gesunken, indem wir den Unionstag, nur aus den Mitteln desselben abhalten können. Daß wir überhaupt noch 9000 Kr. im Baarvermögen haben, verdanken wir nur dem Wohlwollen des deutschen Porzellanarbeiterverbandes. Sie wissen wohl Alle, daß während des Streiks in Dallwitz ein Darlehen von 10 000 Mt. (12 000 Kr.) aufgenommen wurde. Davon wurden erst insgesamt 2500 Kronen zurückgezahlt, somit bleibt noch eine Schuld von 9500 Kr. Sie ersehen also, daß, wenn wir die Schuld von unserem Baarvermögen in Abzug bringen, nicht ein Heller mehr übrig bleibt, im Gegentheil müßten wir, um diese Schuld decken zu können, anderweitig sogar noch ein Darlehen aufnehmen.

Bemerken will ich nur noch, daß seit den Streiks in Dallwitz und Aich die freiwilligen Sammelgelder sehr sparsam engehen, mag nun die Differenz jetzt in unserer Organisation selbst sein, oder mag es eine fremde Organisation betreffen. Ich will nur auf die deutschen Porzellanarbeiter verweisen, welche große Summen dortselbst für Dallwitz aufgebracht wurden und welche lächerlich geringe Summe die Porzellanarbeiter bei uns für die deutschen Kollegen aufbringen.

Ebenso spärlich laufen die Sammelgelder jetzt für die deutschen Glasarbeiter bei der Union ein. Bis Ende Juli waren noch nicht einmal 800 Kr. eingelaufen. Ich weiß wohl, daß ein Theil der Gruppen die Gelder gleich nach Deutschland senden, im Interesse einer Kontrolle wäre es aber sehr zu wünschen, wenn sämtliche freiwillige Unterstützungen an die Union eingesendet würden. Man würde wenigstens ein genaues Bild davon bekommen, welche Gruppen etwas leisten und welche nicht.

Ueber die in den letzten zwei Jahren eingegangenen freiwilligen Sammlungen finden Sie ja in dem Kassensbericht für den Unionstag den Auszug. Es sind sämtliche Gruppen angeführt, ob dieselbe nun etwas geleistet oder nicht. Ich habe dies aus dem Grunde gethan, um Ihnen eine genaue Uebersicht auch über jene Gruppen zu geben, welche gar nie oder nur äußerst selten etwas leisten.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und hoffe mit Zuversicht, daß sich die Delegirten bei Beratung der verschiedenen Anträge zu einer Sanierung der Union auch von jenem Geiste leiten lassen, der es möglich macht, die Union auf jene Höhe zu bringen, um auch als Kampfes-, aber nicht bloß als eine Unterstützungs- und Versicherungsorganisation dazustehen.

Zu dem „Berichte des Vorstandes“ erhält Johann Genosse Preußler das Wort, der, in eingehender Weise auf die Thätigkeit der Union zurückgreifend, ein genaues Bild ihres Wirkens entwirft. Besonders die Erfolge, die wir mittelst der Organisation im Niergebirge aufzuweisen haben, seien nicht zu verkennen. Um die Nothstandsverhältnisse vor Allem zu studiren und der weitesten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, habe die Union wiederholt eingegriffen. Aber auch praktisch sind die angestellten Versuche nicht ohne Erfolg geblieben.

Die Versuche, die in der Errichtung einer Produktionsgenossenschaft bei Perlenbläser zur Konzentration des Verkaufes und zur Durch-



